

Bürokratischer Hürdenlauf zum Wohngeld

Seit dem 1. Januar 2023 sind dreimal mehr Menschen wohngeldberechtigt als zuvor. Charlotte Weitekemper zieht eine erste Bilanz



FOTO: CHARLOTTE WEITEKEMPER

Mit Inkrafttreten der Wohngeldreform sollen deutschlandweit zwei Millionen Haushalte »sorgenfreier« leben können. Außerdem erhöhen sich die Zahlungen durchschnittlich um das Doppelte. Allein dieses Jahr wurden bereits knapp 8.000 Anträge auf Wohngeld bei der Stadt Bielefeld gestellt. Rund 17.800 Bielefelder*innen beziehen demnach einen Mietzuschuss. In den

Wohnungshilfen wurden deshalb 18 neue Vollzeitstellen geschaffen – doppelt so viele wie zuvor.

Trotzdem sind aufgrund der Fülle der Anträge die Sachbearbeiter*innen nicht persönlich erreichbar. Daher wurde ein Publikumsbüro eingerichtet. Doch dort können nicht alle Fragen zufriedenstellend beantwortet werden, berichtet eine Antragstellerin.

Stattdessen sei sie an ihre Sachbearbeiterin verwiesen worden. »Da beißt sich doch die Katze in den Schwanz«, sagt die junge Frau. Ein anderer Kritikpunkt sind die langen Wartezeiten: Ihren Antrag hatte sie Anfang Juni gestellt und bisher – Stand September – kein Geld erhalten. Eine andere stellte ihren Antrag im März und erhielt im August erstmalig Wohngeld.

Ausufernder Papierkram

Alle zwölf Monate müssen Wohngeldempfänger*innen einen Folgeantrag stellen; am besten schon nach zehn, um die lückenlose Zahlung zu gewährleisten. Die Antragstellenden zeigten »viel Verständnis für die aktuell etwas längeren Wartezeiten«, heißt es von Seiten der Stadtverwaltung. Laut der Beratungsstelle »Perspektive« der GAB läuft nicht alles ganz rund. Die Frustration resultiert vor allem aus der Gesamtheit der finanziellen Probleme, beziehungsweise den vielen verschiedenen Anträgen, weiß die Beraterin Tugba Kocamekik. Zum einen macht Ihnen die Amtssprache der Formulare und Bescheide zu schaffen – unabhängig vom eigentlichen Sprachniveau. Daher seien die Menschen, die zur Beratung in die »Perspektive« kämen, auch sehr dankbar über das Angebot.

Zum anderen kommt es zu bürokratischen Komplikationen: So ist es zwar möglich den Antrag online zu stellen, doch kann man dort die nötigen Anlagen nicht beifügen.

Nachzufordernde Unterlagen und langwierige Briefwechsel zwischen Amt und Beantragenden sind die Folge. Es müssen bis zu zehn Bescheinigungen und Erklärungen abgegeben werden. Dazu zählen zum Beispiel Miet- und Verdienstbescheinigungen. Studierende und Auszubildende müssen zudem einen Fragebogen ausfüllen, in dem sie plausibel machen sollen, ob ihre Ausgaben für Ernährung, Wohnen oder auch Kosmetik im Verhältnis zu ihren Einnahmen stehen.

Wie viele diese Hürden gar nicht erst auf sich nehmen möchten, lässt sich schwer sagen. Weder könne die Stadt feststellen, wie viele Menschen grundsätzlich wohngeldberechtigt wären, noch wie sich die Zahl der gestellten Anträge entwickelt hat, da diese in den Vorjahren nicht erfasst wurde. Kocamekik und Kolleg*innen beobachten zwar keinen Zuwachs zum Vorjahr, dafür aber, dass es einige Menschen gibt, die gar nicht wissen, dass sie antragsberechtigt wären.

Anders als bei Bürgergeld oder Grundversicherung ist das persönliche Vermögen (bis zu 60.000 Euro) beim Wohngeld unerheblich. Entscheidend für die Wohngeldberechtigung ist die Haushaltsgröße, das Gesamteinkommen des Haushalts sowie die Höhe der Miete. Die Beratungsstelle »Perspektive« in der Prinzenstraße 1 bietet jeden Donnerstag zwischen 9:30 und 11.30 Uhr eine offene Beratung an

Preisexplosion verschärft Armut

Ungerecht? Selbst die Inflation fällt für ärmere Menschen höher aus als für Wohlhabende, hat Bernhard Wagner herausgefunden



FOTO: PIXABAY

Wer beim Einkauf das Gefühl hat, dass die Inflation deutlich höher ist, als die Zahlen es angeben, kann durchaus recht haben. Die Teuerungsraten variieren je nach Einkommen und Bedürfnissen. Ärmere Haushalte sind deutlich stärker von Inflation betroffen. Sie müssen einen größeren Anteil für Grundbedürfnisse wie Wohnen oder Lebensmittel aufwenden. In diesen Bereichen sind die Preise in den letzten Jahren tendenziell stärker gestiegen. Allein in den letzten drei Monaten des Jahres 2022 lag die Inflation bei Familien mit niedrigem Einkommen bei rund 10 Prozent, gegenüber etwa 7 Prozent für wohlhabende Alleinlebende. Auch Haushalte mit mittlerem Einkommen waren mit circa 9 Prozent noch deutlich überdurchschnittlich belastet. Das sagen Zahlen der gewerkschaftsnahen »Hans-Böckler-Stiftung«.

Wer viel hat, kann auf Reserven zurückgreifen oder spart an Pauschalreise und

Kurzurlaub zwischendurch. Wer wenig hat, muss dagegen auf eine Mahlzeit verzichten. 9,5 Millionen Menschen in Deutschland können sich nicht einmal jeden zweiten Tag eine vollwertige, das heißt eine einigermaßen gesunde Mahlzeit leisten. Das besagen Daten der europäischen Statistikbehörde »Eurostat«, die von der Bundestagsfraktion »Die Linke« abgefragt wurden. Das sind 11,4 Prozent der Bevölkerung, bei Alleinerziehenden lag der Anteil sogar bei 19,3 Prozent.

Sparen am Essen

»Die Menschen stehen unglaublich unter Druck«, sagt Ines Korzinetzki vom Verein Widerspruch e.V., die in der Bürgerwache Sozialberatung anbietet. Die Jobcenter zahlen Wohnkosten nur in »angemessener Höhe«. Aufgrund gestiegener Kosten für Wohnungen und Strom mussten Bezieher von Bürgergeld oft aus ihrem Regelsatz zuzahlen

und hatten dann noch weniger für Essen und den täglichen Bedarf zur Verfügung.

Auch bei der »Bielefelder Tafel e.V.« ist die Not spürbar. Die Tafel startete Ende August einen dringenden Aufruf für Lebensmittelspenden. Während die Preise immens steigen, gehen die Spenden an die Tafeln zurück. Zugleich steigt die Anzahl der Betroffenen, die auf die Abgabe günstiger Lebensmittel angewiesen sind.

Zwar hat es kleinere Erhöhungen beim Bürgergeld gegeben, zuletzt hat Arbeitsmi-

nister Heil eine Erhöhung von 502 auf 563 Euro angekündigt. Nach Angaben von Sozialverbänden reicht das aber bei weitem nicht aus. Die paritätische Forschungsstelle hat einen Mindestsatz von 813 Euro errechnet um wirksam gegen Armut zu schützen. Die Regelsätze »gehen an der Lebensrealität der Menschen vorbei«, kritisierte der Hauptgeschäftsführer des paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider, die unzureichende Erhöhung.



LORBEER-APOTHEKE

Seit
50 Jahren
mitten im
Bielefelder
Westen

– Naturheilkunde –
– Homöopathie –

Apotheker Dietmar Becker e. K.
Siechenmarschstraße 32
33615 Bielefeld
Telefon 05 21 / 12 25 41

www.lorbeer-apotheke.de

Anzeige